



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen



René Bochmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss
AfD-Bundestagsfraktion



15. Parlamentarischer Infobrief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am Dienstag, den 31.01.23, brach sich die ganze Angst der Bürger von Strelln (Gemeinde Mockrehna) vor der Unterbringung von 96 Asylanten, vorrangig aus Syrien und Afghanisten, bei der Einwohnerversammlung Bahn. Mütter, die ihre Kleinkinder auf dem Arm trugen, äußerten angesichts der vorgesehenen Asylunterkunft ihre Furcht um das eigene Leben und das Leben ihrer Kinder!

Insgesamt rund 300 Strellner hatten sich im Versammlungssaal eingefunden und verliehen ihrer Ablehnung gegen die vorgesehene Asylunterkunft auf dem Bundeswehr-Gelände des ehemaligen Munitionsdepots laut Ausdruck. Verärgert waren die Bürger auch darüber, dass wieder einmal über ihre Köpfe hinweg entschieden werden soll. Der Bürgermeister der Gemeinde Mockrehna, Herr Klepel, befindet sich angesichts der Verantwortung des Bundes für die Asyl-Unterkunft in einer hilflosen Lage!

Zu dieser Einwohnerversammlung am 31.01.23 konnte ich, Gudrun Petzold, mit großer Zustimmung der Bürger von Strelln meinen [Offenen Brief zur geplanten Asylunterkunft an Herrn Bundeskanzler Scholz](#) verlesen. Denn ich kann die Angst und die Sorge der Einheimischen natürlich als unmittelbar Betroffene nachempfinden. Auch [Herr Ministerpräsident Kretschmer](#) und [Herr Landrat Emanuel](#) wurden diesbezüglich von mir kontaktiert und um Hilfe gebeten! [Im Rahmen einer Kleinen Anfrage](#) habe ich die Staatsregierung zudem nach den Hintergründen der Asylunterkunft befragt – mit einer Antwort ist bis spätestens 28.02.23 zu rechnen. Selbstverständlich werden Sie darüber zeitnah informiert!

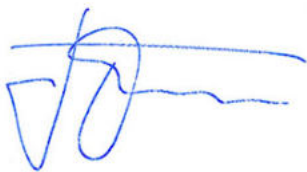
Zu einem mehr als unverschämten [Bericht der „taz“](#) über die Einwohnerversammlung in Strelln habe ich in einem Schreiben an die Chefredaktion [ebenfalls Stellung bezogen](#).

Aus unser beider Sicht bleibt es völlig unverständlich, dass in Nordsachsen nun ernsthaft eine Aufstockung der Asyl-Unterkünfte vorgesehen ist. Die Bürger müssen inmitten der größten Krise der deutschen Nachkriegsgeschichte ihren Alltag meistern – trotz Inflation, explodierenden

Energiepreisen und der von den Altparteien am Leben erhaltenen, ständigen Kriegsgefahr!

Wir lehnen deshalb die geplanten Asylunterkünfte in Laußig, Eilenburg und Strelln in aller Entschiedenheit ab! Zudem unterstützen wir die Bürger auch weiterhin beim friedlichen und demokratischen Engagement gegen diese Maßnahmen.

Mit besten Grüßen



Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



René Bochmann

Mitglied des Deutschen Bundestags

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



Aus dem Landtag



Anfragen und Anträge



- **Antrag „Gerechtigkeit bei der Grundsteuererhebung gewährleisten – Wertmindernde Merkmale bei Grundstücken berücksichtigen“:** In diesem Antrag setzt sich die AfD-Fraktion Sachsen für eine gerechtere Ermittlung der Grundsteuerwerte ein. Denn diese werden zu pauschal für bestimmte Gebiete festgelegt, ohne die individuellen Besonderheiten der Grundstücke in dem jeweiligen Gebiet zu berücksichtigen. Die Staatsregierung wird deshalb unter anderem aufgefordert, „dafür Sorge zu tragen, dass in den Fällen, in denen der Erklärungsspflichtige die Frist zur Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwertes (Feststellungserklärung) versäumt, bis zum 30.09.23 keine Zwangsgelder oder Versäumniszuschläge angedroht und festgesetzt werden und auch keine Schätzung vorgenommen wird.“ [Der vollständige Antrag kann hier gelesen werden.](#)
- **Antrag „Pflegebedarf langfristig decken - Einführung schulischer Projekttag in Pflegeeinrichtungen“:** Der Bedarf an Fachkräften wird in den kommenden Jahren stetig steigen. Um junge Menschen für Berufsausbildung und spätere Tätigkeit im Pflege- und Gesundheitssektor zu begeistern, sollten Jugendliche deshalb frühzeitig Einblicke in dieses Berufsfeld erhalten! Die AfD-Fraktion Sachsen will in ihrem Antrag deshalb unter anderem eine Rechtsgrundlage für Schulen schaffen, um Projekttag in einer sozialen Pflegeeinrichtung zu ermöglichen. Die entsprechenden Themenbereiche zur alternden Gesellschaft sowie Kranken- und Altenpflege sollten außerdem im Schulfach Ethik im Lernbereich verankert werden! [Der komplette Antrag kann hier studiert werden.](#)

- **Antrag „Kein zweites 2015 - Altersfeststellung durch ärztliche Untersuchung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) endlich umsetzen“:** Die Zahl minderjähriger Asylbewerber ist im letzten Jahr um rund 450 Prozent gestiegen und erreicht fast das Niveau von 2015. Nicht selten wurden dabei in der Vergangenheit Sozialleistungen durch falsche Altersangaben erschlichen! Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert vor diesem Hintergrund, bei allen sogenannten Minderjährigen ohne Ausweispapiere eine ärztliche Altersfeststellung durchzuführen. Die etablierten Parteien haben auch diesen lösungs- und vernunftorientierten Antrag leider abgelehnt! [Hier kann der komplette Antrag eingesehen werden.](#)
- **Kleine Anfrage „Energiepreispauschale für Rentner berufsständischer Versorgungswerke“:** Aus dieser Anfrage von Frau Petzold geht hervor, dass Rentner berufsständiger Versorgungswerke in Sachsen vorerst nicht von der Energiepreispauschale der Bundesregierung profitieren. Wörtlich heißt es in der Anfragebeantwortung: "Für die übrigen Versorgungsbeziehenden im Freistaat Sachsen plant die Staatsregierung derzeit keine Zahlung der Energiepreispauschale." Eine Prüfung der ausgeschlossenen Personengruppen durch den Bund stand zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung am 13.01.23 noch aus. Damit bleibt ein Teil der Bürger von dieser Ausgleichszahlung ausgeschlossen! Ein skandalöser Vorgang, der dringend der Ausbesserung bedarf! [Hier können Sie die komplette Antwort der Staatsregierung einsehen!](#)
- **Kleine Anfrage „Muslimische Gefangenenseelsorge in Dresden“:** Laut der Anfrage von Frau Petzold gibt es in der JVA Dresden zukünftig eine muslimische Gefangenenseelsorge – auf Kosten des hart arbeitenden Steuerzahlers. Zuvor erfolgt nicht einmal eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung des Seelsorgers! Gewaltbereite Islamisten haben somit offenbar freien Zutritt zu unseren Gefängnissen und können, ähnlich wie in Frankreich, andere Moslems radikalisieren. [Die vollständige Anfragebeantwortung finden Sie hier. Hier finden Sie außerdem die zugehörige Pressemitteilung von Frau Petzold!](#)

Offener Brief



„Bürger in großer Not“: Offener Brief an Herrn Bundeskanzler Scholz

02.02.23

Die zügellose und unvernünftige Asylpolitik der Bundesregierung sowie auch der vorhergehenden Regierung, die im ganzen Land für steigende Kriminalität, Verwerfungen und Verzweiflung der Bürger sorgt, bedrängt nun auch unseren Landkreis Nordsachsen. [Lesen Sie hier den Offenen Brief von Frau Petzold an Herrn Bundeskanzler Scholz zur vorgesehenen Asylunterkunft in ihrer Heimatgemeinde Mockrehna, Ortsteil Strelln!](#)



Ehrloser „Haltungsjournalismus“: Zum „taz“-Bericht vom 01.02.23

03.02.23

[Hier finden Sie](#) Frau Petzolds Schreiben an die Chefredaktion der „taz“ vom 02.02.23, beziehend auf den [hier einzusehenden Bericht "Protest gegen Geflüchtete in Sachsen: Rechte Hetze in Strelin"](#).

Pressemitteilungen

3.000 € / Monat

für Pflegeheim?

Mehr Unterstützung
vom Staat für
Heime und
Angehörigen-
Pflege!



Pflegeheim wird unbezahlbar

09.01.23

In einem Löbauer Pflegeheim kostet der Platz mittlerweile 2.959 Euro. Auch in anderen Teilen von Sachsen ziehen die Preise immer weiter an. Dabei sind vielerorts die steigenden Energie- und Lebensmittelkosten noch nicht einmal eingerechnet. [Hier finden Sie die Presseerklärung von Frau Petzold dazu.](#)



Sachsen muss der Kriegspolitik der Bundesregierung widersprechen!

02.02.23

Anstatt neue Waffen zu liefern, muss sich die Bundesregierung endlich ernsthaft für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine einsetzen! Dies sollte auch Herr Ministerpräsident Kretschmer noch stärker und mit Nachdruck vom Bund einfordern. [Hier können Sie die diesbezügliche Erklärung](#) des sächsischen AfD-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Jörg Urban, anlässlich der von der AfD initiierten Debatte im Sächsischen Landtag vom 02.02.23 einsehen.

Führungsposten: Benachteiligung von Ostdeutschen beenden!

25.01.23

Nach drei Jahrzehnten Wiedervereinigung sind Ostdeutsche in der höheren Führungsebene von Bundesbehörden nur mit mageren 4,5 Prozent vertreten (ohne Berlin). Das bilanziert der neue Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung. Andere Studien analysierten ähnliche Zahlen für die Chef-Etagen von Medien, Universitäten und Gerichten. [Lesen Sie hier die Pressemitteilung der AfD-Fraktion Sachsen zum Thema!](#)

Corona-Unrecht aufarbeiten!

27.01.23

Die Bundesregierung hat sage und schreibe 670 Millionen Corona-Impfdosen bestellt – damit könnte jeder Deutsche vom Baby bis zum Greis achtmal geimpft werden! Dieser Wahnsinn kostet uns Steuerzahler allein mehr als 13 Milliarden Euro. Weil die Nachfrage nach dem neuartigen Impfstoff mit bedingter Zulassung gering war, sind bereits Millionen Impfdosen verfallen. Auch in Sachsen wurde Impfstoff im großen Stil vernichtet.

[Hier finden Sie die Pressemitteilung der AfD-Fraktion Sachsen dazu.](#)

Wolfsjagd: Scheinheilige CDU auf AfD-Kurs?

Die sächsische CDU-Fraktion spricht sich in einem neuen Positionspapier dafür aus, eine Bejagung des Wolfs wieder möglich zu machen. Damit übernimmt die CDU eine AfD-Position. [Hier finden Sie die Presseerklärung des forstpolitischen Sprechers der sächsischen AfD-Fraktion, Herrn René Hein, zum Thema.](#)

Aus dem Bundestag

Anfragen



Silvester 2022

Silvester 2022 zeigte uns einmal mehr, wie hilflos unsere Polizei in Sachen Gewalt geworden ist. Mutwillige Zerstörungen in Berlin, organisiert und durchgeführt von randalierenden Banden mit Migrationshintergrund. Polizisten wurden angegriffen, Feuerwehren und Rettungsfahrzeuge behindert und zum Teil zerstört. Diese importierte Gewalt wird von den Regierenden verharmlost. Der Bundestagsabgeordnete René Bochmann nahm diese Gewaltexzesse zum Anlass und stellte der Bundesregierung folgende Einzelfrage (4 Einzelfragen pro Monat sind möglich):

„Wie viele Gewalttäter wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Ausschreitungen in Berlin (über 40 verletzte Polizisten) und anderen Städten Silvester 2022 (vom 31.12.22 bis 01.01.23) durch Festnahmen/Strafanzeigen festgestellt und wie viele davon sind Asylsuchende, in Duldung (nach abgelehnten Asylantrag) befindliche Personen, Personen mit unerlaubten Aufenthalt in Deutschland oder auch mit Migrationshintergrund?“

Die Antwort der Bundesregierung ist nichtssagend und erbärmlich, sie gleicht einem Offenbarungseid! „Der Bundesregierung liegen keine validen Daten im Sinne der Fragestellung vor. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Vorfälle findet nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in den zuständigen Behörden der Länder statt. Eine bundesweite Übersicht zur Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei und Rettungsdienste in der Silvesternacht 2022/2023 liegt der Bundesregierung bislang nicht vor.“ Mittlerweile sind die festgenommenen Straftäter zum Großteil wieder auf freiem Fuß. Herr Bochmann fordert die sofortige Abschiebung! Wer keinen Respekt vor unserer Kultur hat, diese mit Füßen tritt, hat in Deutschland nichts zu suchen.

Aufnahme von Flüchtlingen nach humanitären Aufnahmeverfahren

Dieses humanitäre Aufnahmeverfahren nach §23 Abs. 2 AufenthG ist vielen unbekannt und wird aber täglich praktiziert. Dieser Fakt veranlasste Herrn Bochmann eine Einzelfrage zu stellen. Frage: „Wie viele Flüchtlinge wurden in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 im Rahmen des humanitären Aufnahmeverfahrens nach § 23 Abs. 2 AufenthG in Deutschland aufgenommen, die z.B. angesichts einer akuten Krisensituation aus ihrem Herkunftsland geflohen und kurzfristig auf humanitäre Hilfe angewiesen waren und aus welchen Herkunftsländern stammen diese Flüchtlinge (bitte die 24 Länder aufschlüsseln, aus denen die meisten Menschen stammten)?“ Die Antwort ist erschreckend!

„Ausweislich des Ausländerzentralregisters zum Stichtag 31. Dezember 2022 wurden 2019 2.430 Personen, 2020 1.467 Personen, 2021 3.483 Personen und 2022 2.857 Personen mit insgesamt 14 Staatsangehörigkeiten im Rahmen des humanitären Aufnahmeverfahrens nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) in Deutschland aufgenommen. Weitere

Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Insgesamt	10.237
davon	
Syrien	9.031
Afghanistan	894
Staatenlos	73
Palästinensische Gebiete (kein anerkannter Staat)	72
Irak	62
Somalia	42
Kongo (Dem. Republik)	21
Iran	11
Weitere 7 Staatsangehörigkeiten mit weniger als 10 Fällen	31

In diesen Herkunftsländern herrscht kein Krieg. Dennoch sind in der Hauptsache Syrier und Afghanen aufgenommen worden.

Vollsperrung des Nord-Ostsee-Kanals (NOK)

Nachdem der NOK bereits durch eine Kollision des Speziialschiffes Mary am 30.11.2022 mit den Holtenauer Hochbrücken über mehrere Tage unpassierbar war, wurde er am 21.12.2022 erneut gesperrt. Ursache war eine beschädigte Öl-Pipeline in Brunsbüttel. Herr Bochmann, schiffahrtspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, hinterfragte sofort nach den Ursachen. Einzelfrage: „Welche Ursache der Beschädigung hatte nach Kenntnis der Bundesregierung die in Brunsbüttel beschädigte Öl-Pipeline, die am 21. Dezember 2022 zur Vollsperrung des Nord-Ostsee-Kanals für knapp zwei Wochen führte, und welche geschätzten finanziellen Schäden erlitten nach Kenntnis der Bundesregierung die Schifffahrt, die Brüderschaften NOK 1 (Brunsbüttel), NOK 2 (Kiel) und Kanalsteuerer durch diese Vollsperrung und damit einhergehenden Stillstand der Schifffahrt?“

Die Antwort der Bundesregierung war vorhersehbar: „Die Ermittlungen der zuständigen Landesbehörden zu den Ursachen des Pipelinelecks dauern nach Auskunft des federführenden Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein an. Von einem Fremdverschulden wird nicht ausgegangen. Die Kanalsteuerer und die Lotsen der betroffenen Reviere haben Einnahmeausfälle in Höhe von 100 Prozent für die Zeit der Sperrung des Nord-Ostsee-Kanals zu verzeichnen. Im Übrigen liegen der Bundesregierung keine weiteren eigenen Erkenntnisse über die

Schäden für die Schifffahrt im Allgemeinen vor.“ 100% Lohnausfälle für die Lotsen und Kanalsteuerer für ca. 14 Tage ist ein unhaltbarer Zustand! Und die Schäden für die Schifffahrt insgesamt? Hunderte Schiffe konnten den NOK nicht passieren und mussten den längeren Weg über das Skagerrak nehmen, um von der Nordsee in die Ostsee zu gelangen bzw. umgekehrt. Man stelle sich nur den zusätzlichen Energieverbrauch pro Schiff vor!

Besuch der Unteroffiziersschule des Heeres in Delitzsch

Am 10.01.2023 besuchte Herr Bochmann gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Hannes Gnauck (Mitglied im Verteidigungsausschuss) und dem Landtagsabgeordneten Daniel Roi aus Sachsen-Anhalt die Unteroffiziersschule des Heeres (USH) in Delitzsch. Begleitet wurde Hr. Bochmann von seiner Büroleiterin Fr. Freyer und seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter Hrn. Mrosek. Seitens des AfD-Arbeitskreises Verteidigung war der Fraktionsreferent Hr. Dr. Wolfgang Schulenberg (Oberstleutnant) dabei.

Auf der Internetseite der USH ist zu lesen: „Der Auftrag der Unteroffiziersschule des Heeres im sächsischen Delitzsch ist die Ausbildung von Unteroffizier- und Feldwebelanwärtlern, Unteroffizieren mit Portepee des Heeres und Heeresuniformträgern der Streitkräftebasis in Laufbahn-, Verwendungs- und Sprachlehrgängen.“ Oberst Axel Hermeling ist seit Mitte März 2018 Kommandeur der USH in Delitzsch, der einzigen Unteroffiziersschule des Heeres in Deutschland. Er berichtete ausführlich über die Struktur der Ausbildung an der USH, kritisierte aber auch die seit Jahren vernachlässigte Infrastruktur. Die Rohrleitungssysteme stammen noch aus DDR-Zeiten, sind marode und müssen dringend erneuert werden. Ähnlich sieht es bei der Bundespolizei in Bad Dübau aus, hier sollen demnächst, anstatt die Mannschaftsunterkünfte zu sanieren, Wohn-Container aufgestellt werden. Diese Informationen veranlassten Herrn Bochmann zu einer Einzelfrage an die Bundesregierung, deren Antwort noch aussteht: „Welche Gründe führten zu der Entscheidung der Bundesregierung, die finanziellen Mittel für die Erweiterung des Bundeskanzleramtes gegenüber der dringenden Sanierung von Mannschaftsunterkünften der Bundespolizeiabteilung in Bad Dübau (seit 2012) und der Unteroffiziersschule des Heeres in Delitzsch (seit 2014) zu priorisieren?“

Video



Das Format „Steinzeugen“ soll uns historische Orte aus unserer Umgebung näher bringen. Schloss Hartenfels war nicht nur Kulisse für den DDR-Film Dornröschen (1973) – hier schrieben Persönlichkeiten wie Lucas Cranach, Napoleon und Zar Peter Geschichte. Vor allem aber wäre Martin Luthers Reformation ohne die Hilfe der sächsischen Kurfürsten nicht möglich gewesen. Zusammen gehen die Bundestagsabgeordneten René Bochmann und Jan Wenzel Schmidt (AfD) auf Zeitreise.

Reden



Schauen Sie sich hier die fünfte Plenarrede von Herrn Bochmann zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Förderung des Hafenstandorts Deutschland vom 20.01.23 an!

Pressemitteilungen

**CDU übernimmt
AfD-Forderungen:**

**Wir engagieren uns
schon lange für die
Interessen der Bürger!**



René Bochmann



Ordentliches Mitglied
im Verkehrsausschuss



**Alternative
für
Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



AfD schon lange engagiert!

03.02.23

Wie man der Mitteldeutschen Zeitung vom 26.01.2023 entnehmen kann, sind die CDU und ihr lokaler Bundestagsabgeordneter Müller aus ihrem langen Winterschlaf erwacht und entdecken nun die Themen der Binnenschifffahrt und des Nahverkehrs, im Versuch sich zu profilieren. [Die Pressemitteilung von Herrn Bochmann dazu kann hier eingesehen werden.](#)

Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben!

29.01.23

Erinnern Sie sich, wie viele Nahrungsmittel Sie vor einem Jahr für 100 Euro noch im Einkaufskorb hatten? Und heute? Dies ist nicht zuletzt auf die bevölkerungsfeindliche Politik der Ampel-Regierung zurückzuführen.

Wegen der steigenden Inflation fordert die AfD-Bundestagsfraktion zur finanziellen Entlastung der Bürger schon seit längerem die vorübergehende Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel ([Drucksache 20/1034](#) vom 16.03.2022).

Deutschland. Aber normal. Gibt es nur mit der AfD!

Keine Panzerlieferungen in Kriegsgebiete!

25.01.23


Angesichts der nun angekündigten Lieferungen von deutschen Leopard-Panzern an die Ukraine steht für die AfD und für mich fest: Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sind der falsche Weg. Nur mit Verhandlungen kann dieser Krieg beendet werden.



Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

 [Facebook-Seite Gudrun Petzold](#)

 [Website Gudrun Petzold](#)

 [Facebook-Seite René Bochmann](#)

 [Website René Bochmann](#)

 [Telegram René Bochmann](#)

 [Instagram René Bochmann](#)

Impressum / V.i.S.d.P.:

Gudrun Petzold, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

René Bochmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sie erreichen uns unter:

E-Mail MdL: gudrun.petzold@slt.sachsen.de
Telefon: 0351 493 4276

E-Mail MdB: rene.bochmann.mdb@bundestag.de
Telefon: 030 227 75571

This email was sent to js@gudrun-petzold.de
[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)
MdL Gudrun Petzold · Bernhard-Von-Lindenau-Platz 1 · Dresden 01067 · Germany

Grow your business with  **mailchimp**